

ver.di

vau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

17.09.2020

Anhörung der ver.di-ExpertInnen durch die Arbeitsgruppe PersBB PersBB 2021 in der Diskussion

Wieviel Personal brauchen die Steuerverwaltungen der Bundesländer in den kommenden Jahren? Darüber diskutierten ver.di-PersBB-ExpertInnen mit Vertreterinnen und Vertretern der Steuerverwaltungen der Länder in Regensburg.

Alle drei Jahre lädt die Bundesarbeitsgruppe PersBB ver.di ein, um gemeinsam den Personalbedarf der Zukunft zu erörtern. Mit dabei war auch diesmal wieder unser PersBB-Experte Jörg Bewersdorf, stellvertretender Vorsitzender der ver.di Fachkommission Steuerverwaltung Berlin.



Foto: ver.di

vor dem Finanzamt Regensburg Volker Jöpen, Vorsitzender der AG Personalbemessung (vorn), Martina Kaltenhauser, Nils Kamradt, Angelica Dulliner, Jörg Bewersdorf, Dieter Fulda (die Mitglieder der ver.di-Delegation v. l. n. r.)

Auch in diesem Jahr betonte ver.di die große Bedeutung der Länder-Arbeitsgruppe, die mit hoher Qualität einen wichtigen Beitrag leistet, um die Personalausstattung in den Steuerverwaltungen an den Bedarf anzupassen. Wichtige Hinweise von ver.di aus dem gemeinsamen Gespräch 2017 in Hamburg seien aufgegriffen worden. Die Arbeitsgruppe hatte auf Anregung von ver.di nach 2017 den gestiegenen Bedarf an Zeit für Qualifizierung untersucht und die Zeitzuschläge für Fortbildungen erhöht. Nachholbedarf sieht ver.di weiterhin aber vor allem beim Literaturstudium.

„Besonderes Augenmerk haben wir auch diesmal wieder auf den massiv gestiegenen Zeitbedarf für Qualifizierungen, insbesondere im IT-Bereich und den Zeitaufwand für die Verarbeitung der vielfältigen Informationen in Papier und im AIS, Literaturstudium genannt,

gelegt“, sagt dazu Jörg Bewersdorf. „Ich halte es für völlig inakzeptabel, wenn der Zeitbedarf für Literaturstudium seit rund 20 Jahren unverändert geblieben ist und nur deshalb nicht angepasst werden soll, weil keine Daten dazu vorliegen. Hier wäre – wie auch in anderen Fällen – Raum, den Zeitbedarf im Wege der Schätzung deutlich zu erhöhen. Das hätte dann einen spürbaren Stellenzuwachs für alle Bereiche zur Folge, denn davon sind alle Dienstkräfte betroffen.“

Außerdem hat Jörg Bewersdorf die extrem unterschiedlichen Zeitansätze für Fortbildungen zwischen SachbearbeiterInnen und BearbeiterInnen und die großen Abweichungen zwischen den einzelnen Abteilungen kritisiert. *„Man muss sich nur die Schulungen für die in letzter Zeit eingeführten IT-Programme ansehen, dann wird man schnell feststellen, dass sich Beschäftigte der verschiedenen Laufbahngruppen und Abteilungen gleichermaßen damit herumschlagen müssen“,* so Jörg Bewersdorf weiter. *„Hier muss eine Angleichung erfolgen und zwar auf dem oberen Niveau.“*

Auch für die Begleitung und Unterstützung von AnwärterInnen sei in der Realität ein höherer Zeitaufwand erforderlich. Auch wenn hier bereits nachgebessert wurde, reicht das aus ver.di-Sicht noch nicht aus. Es liege im gemeinsamen Interesse, die Qualität der Ausbildung zu erhöhen und bessere zeitliche Möglichkeiten zur Unterstützung der AnwärterInnen zu schaffen, damit von den ursprünglich eingestellten BewerberInnen deutlich mehr ihre Ausbildung bzw. ihr Studium erfolgreich abschließen. *„Ich habe außerdem angeregt, den künftigen zeitlichen Aufwand für die praktische Qualifizierung von Quereinsteigenden verstärkt in den Blick zu nehmen. Immer mehr Bundesländer befassen sich aktuell mit diesem Thema und führen Außeneinstellungen in den verschiedensten Bereichen durch. Hier müssen in naher Zukunft Fallzahlen erhoben und angemessene Zeitansätze für die praktische Ausbildung der neuen Kolleginnen und Kollegen entwickelt werden“,* ergänzt PersBB-Experte Jörg Bewersdorf.

Die Länder-Arbeitsgruppe betonte, dass Ausbildung ein wichtiges Zukunftsthema sei und die zeitlichen Anforderungen immer wieder überprüft würden. Auch hinsichtlich des Zeitbedarfs für die praktische Qualifizierung von Quereinsteigenden gab es grundsätzliche Zustimmung durch den Leiter der Arbeitsgruppe.

Im Fokus für ver.di standen aber auch die Umsetzung der neuen Regelungen zur Grundsteuer sowie die mittelfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Dies gelte insbesondere für eine befürchtete Zunahme von Insolvenzen und die Progressionswirkung beim KurzarbeiterInnengeld. In den Hilfspaketen seien darüber hinaus auch Maßnahmen mit mittelfristiger oder sogar Dauerwirkung enthalten.

Die ver.di-VertreterInnen wiesen abschließend darauf hin, dass die Corona-Pandemie schon jetzt im Zeitraffer gezeigt habe, welche Veränderungen sich in der Arbeitswelt ergeben werden: Der Ausbau von Telearbeit und Home-Office, E-Learning als ergänzende Qualifizierungsmethode und die Weiterentwicklung digitalisierter Arbeitsprozesse würden zunehmend die Arbeitsrealität bestimmen, was wiederum Auswirkungen auf die Bemessung des Personals haben werde. Neben weiteren Themenfeldern wurde auch hierzu eine Fortsetzung des Dialogs zwischen der Länder-Arbeitsgruppe und ver.di vereinbart.

Eine umfangreiche schriftliche ver.di-Stellungnahme zu allen Themen ist in Vorbereitung und wird demnächst auch im Internet unter <https://bund-laender.verdi.de/fachgruppen/finanz-und-steuerverwaltung/landesfinanz-und-steuerverwaltung/++co++974dd768-f819-11ea-a748-001a4a160100> zu finden sein.